Zeitschrift: Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen

Herausgeber: Die Kette, Dachverband der privaten therapeutischen Einrichtungen in der Drogenhilfe der Region Basel

Band: 10 (1983)

Heft: 2

Rubrik: Regionale, nationale und internationale News zur Drogenpolitik, Drogenjustiz und Suchttherapie

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Regio

Die "Holdenweid" als Drogenknast

Zusammen mit der kantonalen Alkohol- und Drogenkommission arbeitet eine PUK-interne Arbeitsgruppe an einem Konzept für eine geschlossene Drogenstation. Als Standort vorgesehen ist die PUK-Aussenstation "Holdenweid", BL. Die vorgesehene Zwangstherapie oder Zwangsmotivation wird von Fachleuten der Drogenarbeit aufs heftigste kritisiert.

Seit August des vergangenen Jahres plant man in Basel hochoffiziell den Drogenknast. Im Regierungsratsbeschluss 5285, als späte Antwort auf einen grossrätlichen Anzug von G.A. Bagutti und Konsorten (vom Juni 1979), wiederholte die Regierung eine bereits 1980 in einer Stellungnahme gemachte Äusserung, wonach *"im Rahmen des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz mit allem Nachdruck eine Lösung gesucht werden müsse"*. Dabei sollte es sich nach Ansicht der Regierung um Anstalten handeln, in denen nichtmotivierte Süchtige eingeliefert würden. Ob diese Anstalt als geschlossene Behandlungsstation oder aber als "Therapie-Motivierungsstation" geplant werden soll, war 1982 noch nicht klar. Weil sich aber eine vom Konkordat eingesetzte Arbeitsgruppe gegen eine geschlossene Therapiestation mit einer "homogenen Gruppe schwerst Drogenabhängiger" entschieden hatte, ist anzunehmen, dass die Basler Regierung sich für die Variante einer sogenannten Triage- oder Motivierungsanstalt entscheiden wird, oder bereits entschieden hat.

Dass die Würfel bereits gefallen sind, obwohl Professor Ladewig als Vorsitzender der Friedmatt-internen Arbeitsgruppe erst in einigen Monaten mit einem genaueren Bericht rechnet, muss aufgrund kürzlich getroffener Entscheidungen vermutet werden. Dieter Ladewig, der den Drogenknast beschönigend als "teilgeschlossene Anstalt" bezeichnet, bestätigte im Gespräch mit der "Kette-Zeitung" nämlich, dass die spätestens auf Oktober 1984 schliessende Aussenstation "Holdenweid" als Drogenanstalt vorgesehen sei. Auch hierin zeigt sich die Tendenz, kurative Einrichtungen zugunsten repressiver abzubauen.

Um die vom Justizdepartement lancierte 'Sparwut' auszuleben, bieten sich den Behörden verschiedene Massnahmen an: zum einen könnte die offene Abteilung für Drogensüchtige in der PUK dicht gemacht, respektive ebenfalls als geschlossene Station weitergeführt werden, wie dies von der PUK-Leitung selbst einmal vorgeschlagen worden ist. Damit könnte ohne Stellenausbau jetziges Personal auf seine zukünftige Aufgabe im Drogenknast vorbereitet werden. Zum andern könnte das jetzt in der Alterspflege tätige "Holdenweid"-Personal künftig in der Drogenanstalt eingesetzt werden. Darauf angesprochen erklärte Dieter Ladewig: *"Das sei zum jetzigen Zeitpunkt reines Wunschdenken."*

Ganz anderer Ansicht, was wünschbar sei, sind die in der KETTE zusammengeschlossenen Fachleute der privaten Drogenhilfe. In einem BaZ-Forumsartikel kritisiert der Advokat Pierre Joset massiv die Zwangstherapie, die *"einmal abgesehen von der rechtsstaatlichen Fragwürdigkeit nach den bisherigen Erfahrungen nicht durchführbar sei"*. Joset äusserte auch die Befürchtung, *"dass es nicht gelingen wird, diese Institution für Fixer drogenfrei zu halten, denn dafür bräuchte es Sicherheitsmassnahmen, die unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten kaum zu verantworten wären."*

Einen ausführlichen Artikel zur Problematik des Drogenknastes verfasste Pierre Joset in der neuesten Ausgabe der *"Zeitschrift für schweizerisches Strafrecht."*

Suchtprophylaxe an den Basler Schulen

Massnahmen gegen das Konsumdenken

An den Basler Schulen soll mit der Drogenprophylaxe künftig ernst gemacht werden. Nachdem eine interdepartementale Arbeitsgruppe "Suchtprophylaxe" ein Konzept ausgearbeitet hat, wird noch in diesem Jahr ein Pilotversuch mit Lehrern von drei Basler Schulen gestartet. Diese ersten 45 Lehrerinnen und Lehrer werden in einem dreitägigen Seminar auf ihre Aufgabe vorbereitet. In den einzelnen Klassen wird der Unterricht zum Problemkreis Drogen fächerübergreifend vermittelt.

Aufklärung zur Drogenproblematik stand zwar schon längere Zeit auf dem Unterrichtsprogramm der Basler Schulen, doch wurden bis anhin lediglich in allgemeinbildenden und Berufsschulen auf Anfrage hin Kurse erteilt. Etwa 800 Schüler pro Jahr sind auf diesem Weg von einem dreiköpfigen Team des Jugendamtes mit dem Thema "Sucht" konfrontiert worden. Das neue Konzept soll nach Möglichkeit alle Schüler von Baselstadt berücksichtigen. Dazu bräuchte es allerdings eine Erhöhung des Personalbestandes, wie der Leiter des Jugendamtes, Rudolf Henrich an einer Pressekonferenz ausführte.

Ziel des von der Arbeitsgruppe "Suchtprophylaxe" ausgearbeiteten Konzepts ist es, *"eine Einstellung und Wertbaltung zu fördern, die es ermöglichen soll, dem sozialen Druck, Drogen zu konsumieren, besser zu begegnen."*

Für die im Seminar geschulten Lehrer geht es in erster Linie darum, mögliche Ursachen des Drogenkonsums zu verstehen. Auch sollen die Erzieher sich in gefährdete Jugendliche einfühlen lernen, um diese durch geeignete Massnahmen von der Bedrohung des Drogenkonsums fernzuhalten.

So vorbildlich es an der Pressekonferenz tönte, so zweifelhaft scheint dennoch die Verwirklichung des Vorhabens einer umfassenden Drogenprophylaxe. Wer weiss, wie gedrängt das Ausbildungsprogramm an den Schulen ist, wer Kenntnis davon hat, welchem Stress die Schüler heute ausgesetzt sind, kann den an den Tag gelegten Optimismus nicht unbedingt teilen. Schliesslich ist es nicht einsehbar, warum auf Leistung getrimmte Schüler sich in den Lektionen zum Thema Drogen plötzlich auf ihre Selbstverwirklichung besinnen, und - quasi auf Befehl - ihr Konsumdenken über Bord werfen sollen.

Schweiz

Notbremse gezogen

Ende April 1983 stellte der "Verein Drogenentzug und Drogenhilfe" seine aktive Tätigkeit ein. Die drei Entzugsprogramme 1983 konnten nur unter Honorarverzicht des Arbeitsausschusses finanziert werden. Eine weitere Verschuldung des Vereins kam jetzt nicht mehr in Frage. Die Arbeit wird erst wieder aufgenommen, wenn die Finanzierung für mindestens ein halbes Jahr gewährleistet ist.

Im März 1982 entschieden sich ein Mitarbeiter der ehemaligen AJZ - Trägerschaft und zwei Privatpersonen, sofort ein körperliches Entzugsprogramm für Heroinsüchtige durchzuführen. Dies auf Wunsch mehrerer Drogenabhängiger und infolge der alarmierenden Drogensituation in Zürich. Der grosse Andrang von Entzugswilligen bewirkte den Ausbau der Entzugsprogramme und führte zur Gründung des Vereins. Von März 1982 bis April 1983 wurden

9 Drogenentzugsprogramme im Toggenburg durchgeführt. 76 von 113 Personen konnten als körperlich entzogen entlassen werden. Die Entzüge standen unter ärztlicher Kontrolle.

Flexibles Angebot

Ein Schwerpunkt der Vereinstätigkeit war auch die Gassenarbeit. Zu über 250 Süchtigen wurde Kontakt hergestellt. Dabei konnte den Betroffenen der Weg zum Entzug, zur Therapie geebnet, aber auch der Kontakt und Umgang mit den Behörden und Ämtern erleichtert werden. Ob bei gesicherter Finanzlage in Zukunft erneut Entzüge angeboten werden, hängt vom Bedarf ab. Durch die Eröffnung der Entgiftungsstation Bombach und die Bereitstellung von ca. 50 Betten in psychiatrischen Kliniken ist vom Engagement des Vereins im Entzugsbereich eventuell abzusehen. Der Verein, der in einer Notsituation entstanden ist, hat von Anfang an klar definiert, dass eine höchstmögliche Flexibilität zu den Grundprinzipien gehören soll. Aus diesem Grund wurden die Aufgabenbereiche des Teams vom Vorstand an die wandelnden Gegebenheiten angepasst. Die Perspektiven einer zukünftigen Vereinstätigkeit liegen neben dem bereits Erwähnten, auch im Bereich der ambulanten Begleitung und Nachbetreuung, der Unterstützung von im Aufbau befindlichen Projekten sowie in Planungsarbeiten.

Finanzen

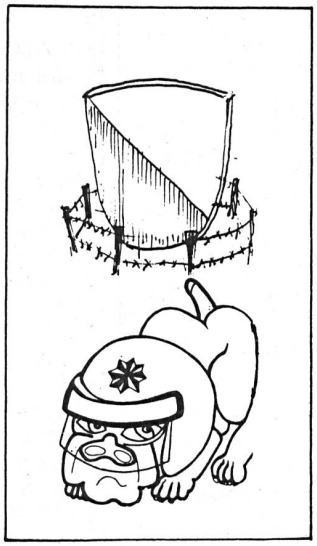
Hoffnung für ein baldiges Weiterführen der aktiven Vereinstätigkeit ergibt sich aus der Zusage von Stadtrat Max Bryner, dem Gesamtstadtrat Zürich den Antrag für einen Beitrag von 75'000 Franken zu stellen. Sollte der Stadtrat zustimmen, und der Kanton Zürich in absehbarer Zeit einen Beitrag gleicher Höhe zusprechen, dürften sich auch Gelder von kirchlicher und privater Seite erhoffen lassen. Dadurch wäre es möglich, die Vereinstätigkeit vielleicht schon Mitte Jahr wieder aufzunehmen.
Die Adresse des Vereins:
Postfach 335, 8025 Zürich,
Tel: 01 / 242 56 52

Zürich: Neues Drogenkonzept torpediert Bemühungen der Drogenhilfe

Polizeihatz gegen Fixer

Mit einem neuen Drogenkonzept will die Zürcher Polizei die Stadt von den Drogensüchtigen säubern. Razzien an der 'Riviera', Zürichs bekanntestem Umschlagplatz, Verhaftungen und das Einschalten von Vormundschaftsbehörden und Eltern sollen junge Fixer einschüchtern und von der Szene isolieren. "Der wachsende Polizeidruck auf die Fixer verbreitet Angst und zerstört die letzten sozialen Kontakte", kritisierten in der Drogenarbeit tätige Sozialarbeiter. Sie werfen der Polizei vor, sie trage Mitverantwortung für die Häufung der Todesfälle der letzten Zeit.

Der verstärkte Polizeieinsatz bewirkte in Zürich sehr rasch die totale Zersplitterung der Drogenszene, was im Sinne der Polizei war, für den einzelnen Drogensüchtigen aber Rückzug in die totale Isolation hiess. Das sprunghafte Ansteigen der Todesfälle durch Überdosen oder schlechten Stoff führen Zürichs Gassenarbeiter auf das jetzt zerissene Informationsnetz der Fixer zurück. Der Polizei wird vorgeworfen, sie zerstöre mit ihrer Taktik die noch vorhandene Selbsthilfe in der Szene und steigere mit dem Verfolgungsdruck das Risiko für Drogenkonsumen-



ten, nach dem Prinzip: Je grösser die Kriminalisierung, desto blühender der schwarze Markt. Dieser wiederum bewirkt unreine Stoffe, erhöht die Preise und zwingt die Süchtigen zu kriminellen Handlungen.
Keine Einsicht in die verheerenden Folgen ihrer Politik zeigt die Zürcher Polizei. Deren Chef, Walter Hubatka, verniedlicht die Vorwürfe der Jugend- und Sozialarbeiter. Mit der Argumentation, Aufgabe der Polizei sei es nicht, das Drogenproblem an der Wurzel zu packen, sondern sie müsse streng das Legalitätsprinzip befolgen, d.h. die Drogenkonsumierenden oder mit Drogen handelnden Süchtigen der Justiz zuführen, werden alle Anschuldigungen zurückgewiesen.
Kripochef Hubatka erklärte gegenüber dem Zürcher "Tages-Anzeiger": *"Wenn die Polizei im Zürcher Drogenmilieu ermittelt, handelt sie absolut legal, sie erfüllt eine Aufgabe, die im Gesetz klar umschrieben ist. Wer aber mit dem Gesetz nicht einverstanden ist, hat Mittel und Möglichkeiten, entsprechende Vorstösse einzuleiten. Das gilt auch für die Entkriminalisierung der Konsumszene."*
Seit dem Beginn der Polizeihatz auf die meist jugendlichen Fixer haben sich in der Umgebung Zürichs mehrere neue Umschlagplätze gebildet. Die Erfolgsquoten bei der Stoffahndung sind im Vergleich des betriebenen Aufwandes kaum der Rede wert. Aber: Seit Beginn dieses Jahres sind in Zürich mehr als 20 Drogentote registriert worden . . .

Zürich: Die Krankenkassen wollen die Methadon-Behandlung nicht mehr bezahlen.

Methadon: Ja oder Nein

Die unterschiedlichen Einstellungen zur Abgabe von Methadon an ehemalige Fixer manifestierte sich jüngst auch wieder im Kanton Zürich. Die vom Vorstand der Krankenkassen im Kanton Zürich an seine Mitglieder herausgegebene Empfehlung, den Methadonkonsum nicht mehr zu finanzieren, stiess bei Drogenfachleuten in Zürich auf wenig Verständnis. Der Präsident der kantonalen Drogenkommission, Ambros Uchtenhagen, verlangte von den Krankenkassen, sie sollten wenigstens die vom Kantonsarzt bewilligten Methadon-Behandlungen weiter finanzieren.

Im Kanton Zürich beziehen heute rund 280 Süchtige Methadon vom Kantonsarzt. Seit einigen Jahren zahlen die Krankenkassen pro Dosis Methadon vier Franken, was in drei Jahren insgesamt einen Betrag von 3'500 Franken ausmacht. Mit dem Argument, die Methadon-Konsumenten würden auch von dieser Droge süchtig, wollen die Krankenkassen künftig ihre finanzielle Unterstützung zurückziehen. Da auch die "Eidgenössische Fachkommission für Leistungsfragen" die Methadon-Behandlung nicht als kassenpflichtig deklarierte, halten die Krankenkasse ihren Schritt für zulässig.
Anderer Meinung sind viele Drogenfachleute in Zürich, darunter Ambros Uchtenhagen. Dieser befürchtet, dass viele Methadon-Konsumenten bei Nichtbezahlung der Droge durch die Krankenkassen ihre Behandlung abbrechen müssten, weil sie nicht selber dafür aufkommen könnten. Drogenfachleute in Zürich erklärten auch, dass ungenaue Informationen über Erfolge des Methadonprogramms dazu geführt hätten, die Methadonbehandlung in Misskredit zu bringen. Es sei selbstverständlich, dass auch Methadon süchtig mache, erklärte Ambros Uchtenhagen, doch ginge es beim Methadon darum, dass es die Beschaffungsnot der Drogensüchtigen abbaue und seine Sucht einigermassen stabilisiere.